



Bürgerlobby Klimaschutz
Citizens' Climate Lobby Germany e.V. (CCL-D)

Positionspapier

Emissionen senken mit CO₂-Preis und Klimadividende

Stand: März 2023

Emissionen senken mit CO₂-Preis und Klimadividende

Um die Verpflichtungen des Pariser Klimaabkommens einzuhalten, steht uns nur noch ein **begrenzt** **Budget** an CO₂-Emissionen zur Verfügung. Je schneller wir unsere Emissionen senken, desto leichter fällt es, das Budget einzuhalten. Ein **wirksamer CO₂-Preis** ist das beste Mittel, um dieses Ziel zu erreichen, insbesondere, wenn die Einnahmen pro Kopf und in gleicher Höhe als **Klimadividende** wieder ausgeschüttet werden.

Unsere Prinzipien

Verantwortung: Wir wollen die Lebensgrundlagen jetziger und zukünftiger Generationen bewahren. Deshalb wollen wir den politischen Willen schaffen, um in Deutschland und Europa klimaschädliche Emissionen entschlossen zu senken.

Freiheit: Klimaschädliche Emissionen lassen sich am effektivsten und ohne großen bürokratischen Aufwand vermeiden, indem CO₂-Ausstoß einen wirksamen Preis erhält. Er macht Klimaschutz lohnend und lässt Verursachern die Freiheit, zu entscheiden, auf welche Weise sie Emissionen senken.

Gerechtigkeit: Durch eine Pro- Kopf- Ausschüttung als Klimadividende kommen die Einnahmen des CO₂-Preises bei uns allen an. Diese Rückerstattung stärkt die Akzeptanz für effektiven Klimaschutz.

Unsere Forderungen in Kurzfassung

Paris-kompatible Emissionsminderung

Wir fordern die **EU** auf, ein verbleibendes **CO₂-Budget** als Orientierungsgröße festzulegen. Dieses sollte von einem globalen CO₂-Budget abgeleitet werden, das mit den Pariser Klimazielen kompatibel ist. Falls erforderlich, sollten die bisherigen Emissionsziele der EU so **angepasst werden**, dass sie das CO₂-Budget einhalten.

Harte Emissionsobergrenzen und wirksame CO₂-Preise

Wir fordern **CO₂-Preise** in einer **Höhe**, mit der wir unsere **Reduktionsziele einhalten**. Das beste Mittel hierzu sind **Emissionshandelssysteme (ETS) mit einer harten Begrenzung der Emissionsmengen**.

- **EU:** Der für 2027/28 geplante Emissionshandel für Gebäude, Verkehr und verarbeitendes Gewerbe ([EU-ETS 2](#)) ist ein wichtiger Schritt vorwärts. Ihm fehlt jedoch eine harte Emissionsobergrenze. Seine Einführung sollte auf 2026 vorgezogen, die Menge an CO₂-Zertifikaten strikt begrenzt und auf die vorgesehene Preisobergrenze von 45 €/Tonne verzichtet werden.
- **Deutschland:** Im nationalen Emissionshandel ([nEHS](#)) gelten noch bis 2025 Festpreise und die CO₂-Zertifikate werden in unbegrenzter Menge ausgegeben. Wir fordern stattdessen ab 2024 eine harte Obergrenze für die Emissionen und eine Versteigerung der Zertifikate ohne Deckelung des CO₂-Preises. Die jährlich versteigerte Menge an Zertifikaten ergibt sich dabei aus den jährlichen Emissionszielen im Klimaschutzgesetz ([KSG](#)).
In Deutschland gelten für Gebäude, Verkehr und verarbeitendes Gewerbe ambitioniertere Emissionsziele als im EU-Durchschnitt. Um sie einzuhalten, muss Deutschland zusätzliche Maßnahmen ergreifen. Die beste Lösung hierfür wäre ein nationaler Mindestpreis im EU-ETS 2.

Gerechte Verwendung der Einnahmen als Klimadividende

Der zentrale Schlüssel für einen **gerechten** und **sozialverträglichen Preis auf CO₂** ist, dass die **gesamten** Einnahmen aus dem Emissionshandel in pro Kopf gleicher Höhe an die Bevölkerung ausgeschüttet werden. Nur so werden Menschen CO₂-Preise in einer Höhe akzeptieren, mit der wir unsere Ziele einhalten (**Whatever-it-takes-CO₂-Preise**).

